

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 48

Artikel: Die Retter in der Not sind da
Autor: Raschle, Iwan / Gut, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-618779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VON IWAN RASCHE

Frauen, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sind hart betroffen. Sie fürchten sich in unserem Land. Fürchten sich vor Täglichkeiten, Raub, Einbruch und Bedrängnis. Als Beispiel: Zweimal pro Tag wird jemand beraubt in Zürich. Und die Gewaltverbrechen gegen Leib und Leben haben sich verdoppelt. Das ist unerträglich. Mehr Ausländer heißt mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst. Das haben wir den Linken und «Nettens» zu verdanken! Doch zum Glück gibt es eine Alternative: Mehr SVP. Mehr Sicherheit. Für eine innere Freiheit in Sicherheit!

*Die Angst geht um in unserem Land.
Aber nicht mehr lange:*

Die Retter in der Not sind da

In unserem Land herrscht ein Klima der Angst. Diese miserable Situation punkto Sicherheit haben uns die Roten und Freundlichen eingebrockt, allen voran der Zürcher Stadtrat, gefolgt vom roten Moritz. Als Justizminister des Kantons Zürich kämpft Leuenberger nicht für Recht und Ordnung, sondern

zwar hart – nötigenfalls mit dem Tod. Die Justiz muss endlich vom Grundsatz «in dubio pro reo» abkommen und richten, wo gerichtet werden muss. Kompromisslos und endgültig.

Damit dies geschieht, müssen sich auch die politischen Grundwerte in unserer Gesellschaft ändern, was wiederum

heisst: Es muss eine andere Regierung an die Macht, und die rote Brut gehört für ihre Taten bestraft. Die Politik darf nicht mehr länger von politischem Ungeziefer geprägt werden. Die Schädlinge gehören ausgerottet, und es müssen wieder Menschen an die Macht. Mündige Menschen, die den Durchblick

haben. Und den Mut, hart durchzugehen.

SVP – die Partei der Menschlichkeit

Die Schweizerische Volkspartei hat diesen Blick für die Probleme unserer Zeit. Und sie ist gewillt, eisern durchzugehen. Sie ist die Partei des Mittelstands

und somit auch der Mitte, niemals links- oder rechtsextremen Werten verpflichtet, somit also als einzige politische Gruppierung geeignet, unser Land aus der Misere zu führen.

Seit einigen Wochen wird in der Schweiz über die Innere Sicherheit gesprochen. Was dabei verschwiegen wird: Angereg

hat diese Diskussion die Schweizerische Volkspartei und niemand sonst. Die Partei der Sicherheit und der Menschlichkeit heisst also SVP. Wer SVP wählt, verhindert, dass es weitere durch Ausländer, Linke und andere Wiederholungstäter verübte Morde gibt! Wer sich im nächsten Jahr an der Urne zum



PETER GUT

Bitten wir die Schutzherrschaften
um Gnade.
Hilf uns, Christophorus.
Nicht endlich auf die
Türen schlagen.
Ruf uns, Gott.

Mittelstand bekennt, hilft mit,
den rot-grünen Kriminalitäts-
Ignoranten den Riegel zu schlie-
ßen. Endgültig.

Nach dem Mord in Zollikon-
berg ist der SVP von allen Seiten
Politpropaganda vorgeworfen
worden. Das ist unerträglich.
Und falsch. Tatsache ist, dass die
Zürcher SVP ihre Aufklärungs-
Inserate vor dem schrecklichen
Mord in Auftrag gegeben hat.
Dies beweist, dass die Partei der
Mitte weitsichtig handelt. Die
Vorsehung hat der Partei Recht
gegeben, weshalb die Informations-
kampagne auch nicht gestoppt
worden ist. Der von der
Zürcher Regierung, zumindest
von ihrem roten Justizminister,
mitverursachte Mord unter-
streicht die Notwendigkeit einer
präventiven Kampagne. Es ist
also nicht einzusehen, weshalb
sich der Zürcher SVP-Prä-
sident Christoph Blocher für die
publizistische Tat entschuldigen
sollte.

Die SVP braucht sich nicht zu entschuldigen

Ist es denn eigentlich verboten,
Probleme unserer Zeit als
Schwerpunkte politischer Ar-
beit zu erklären? Hat in letzter
Zeit irgend jemand von den Roten
verlangt, sie müssten sich bei
den arbeitslosen, alleinerzie-
henden Müttern dafür ent-
schuldigen, dass die Partei seit
Jahren auf der sozialen Frage
herumreitet, Randständige also
für politische Propaganda be-
nutzt?

Das hat niemand getan, und
deshalb braucht sich auch die
SVP nicht dafür zu entschul-
digen, das Problem der inneren Si-
cherheit endlich anzugehen.
Und zwar gezielt und nicht blos
mit Schlagworten:

Die Zürcher Kantonalpartei unter Führung der Nationalräte Christoph Blocher und Walter Frey hat ein Massnahmenpaket ausgearbeitet, das die Schweiz wieder zu einem sicheren Land werden lässt:

+ Sofortige Ausschaffung krimineller Ausländer (nicht nur Asylbewerber). Die Kriminalität in unserem Land ist zum grössten Teil importiert. Deshalb gehört ausgeschafft, wer sich nicht unserem Gesetz beugt.

+ Dem Grundsatz «in dubio pro reo» ist nur mehr differenziert Beachtung zu schenken.

+ Die Strafen für Gesetzesverstöße sollen den Verhältnissen angepasst werden. Hart bestraft werden sollen nicht harmlose Täter, die lediglich gegen das Strassenverkehrs-



gesetz verstossen, sondern wirkliche Kriminelle. Die Justiz in unserem Land soll sich endlich den dringenden Problemen widmen.

+ Die Todesstrafe ist wieder einzuführen und im Zweifelsfall einer langjährigen Haftstrafe oder Verwahrung vorzuziehen. Ebenfalls zu verschärfen sind die Haftbedingungen. Die Halbgefängenschaft – etwa für Militär- und

Zivilschutzverweigerer – ist durch ein Arbeitslager (z.B. im Jura) zu ersetzen.

+ Es ist eine Bundessicherheitspolizei zu schaffen, die in erster Linie über die Kriminalität (auch über die politische) im Lande wacht und zu diesem Zweck mit geeigneten Privatpersonen – mit V-Leuten – zusammenarbeitet. Wie dringend eine verstärkte Einbindung privater Kräfte ist, zeigen verschiedene Dramen der letzten Zeit: Mord und Totschlag, Raubüberfälle oder das in Regensdorf verhungerte Baby: Überall fehlten Nachbarn, die ein für die Sicherheit geschärfstes Auge haben.

+ Die Polizeikorps sollen sich den dringenden Aufgaben widmen und deshalb vorübergehend aus der Verkehrsüberwachung abgezogen werden.

+ In der Stadt Zürich soll der Notstand ausgerufen und eine Übergangsregierung eingesetzt werden. Die offene Drogenszene ist zu schliessen, und rückfällige Drogenabhängige sind unter Ausschluss des Rechtsweges auszuschaffen (Dringlichkeitsrecht).

+ Das Recht, Waffen zu tragen, ist per dringlichem Bundesbeschluss zu lockern.

Dem Bürger muss es ermöglicht werden, sich zu wehren und unter Umständen gar selbst für Recht und Ordnung zu kämpfen.

+ Sondersession zum Thema Innere Sicherheit. Dem dringsten Problem unserer Zeit muss eine möglichst rasch stattfindende Sondersession der eidgenössischen Räte gewidmet werden. Es ist zu prüfen, ob eine solche nötigenfalls unter Ausschluss der Linken und Grünen stattfinden soll. Wenn Bundesrat Stich nicht auf dem Albisgüetli erscheinen will, braucht er auch den Sessionen nicht mehr beizuhören. Zusammen mit den versammelten Marxisten und Sozialisten, Armegegnern und Emanzen könnte er in irgend einem Gewerkschaftszentrum über Armut diskutieren. Auch über politische oder geistige.

All diese konkreten Vorschläge zeigen deutlich, dass die SVP und insbesondere die wegweisende Zürcher Abteilung keine populistisch handelnde politische Partei ist, sondern eine Volksbewegung, die sich für das Allgemeinwohl des Mittelstandes auch dort einsetzt, wo es unbequem wird und wo die verweichlichten Liberalen und Linken die Rechtsstaatlichkeit als Vorwand benutzen, um den Kopf in den Sand zu stecken.

Unser Land braucht aufrechte Männer, die zupacken. Die SVP-Führer Blocher und Frey sind bereit dazu und stellen uns die einzige richtige Frage: Wie viele Drogenabhängige, Arbeitsscheue, Linke und andere Kriminelle erträgt eigentlich die Schweiz? Die Wahlen im nächsten Jahr werden der Partei des Mittelstandes Recht geben. Denn: Wer sonst in diesem Land ist mittelstandfest?

